

Die Republik Moldau blickt nach Westen

Integrationsfortschritte des kleinen und armen Lands zwischen Rumänien und der Ukraine

Nach der Bereinigung innenpolitischer Probleme kann sich die Führung der Republik Moldau auf die EU-Annäherung als Anliegen erster Priorität konzentrieren. Sie kommt dabei gut voran, muss aber bald einmal auch konkrete Erfolge vorzeigen können.

Rudolf Hermann, Chisinau

An einer etwas heruntergekommen wirkenden Mauer an der Kogalniceanu-Strasse im Zentrum der moldauischen Hauptstadt Chisinau sind Arbeiter mit Ausbesserungsarbeiten beschäftigt. Ein Polizeibeamter schaut gelangweilt zu. Er steht hier, um die EU-Vertretung in der Republik Moldau zu bewachen, die sich hinter der Mauer und einem mächtigen Eisentor verbirgt. Die Geschäftigkeit der Bauarbeiter ist dabei symbolisch für das, was gegenwärtig auch hinter der Umfriedung bei den Beziehungen zwischen Chisinau und Brüssel geschieht: Dort wird ebenso kräftig geputzt und aufgemöbelt.

Abkommen in Arbeit

Seit die in der Moldau regierende Dreiparteienkoalition «Allianz für europäische Integration» (AIE) es im März geschafft hat, mithilfe einiger Unabhängiger im Parlament einen Präsidenten zu wählen, steht sie deutlich sicherer auf den Beinen. Durch die Wahl, die monatelang verschleppt wurde, weil die nötigen Stimmen fehlten und damit ein Misserfolg und vorgezogene Parlamentswahlen drohten, hat die Regierung der AIE endlich eine stabile und definitiv legitimierte Basis erhalten. Nun kann sie ihr wichtigstes aussen- und wirtschaftspolitisches Vorhaben, die Integration der Moldau in westliche Strukturen, kraftvoll voranbringen.

Ein Assoziationsabkommen mit Brüssel ist schon fast fertig ausgehandelt, und inzwischen sind auch Gespräche über ein umfassendes Freihandelsabkommen (DCFTA) aufgenommen worden. Wie Veaceslav Pituscan, Vize-Direktor der Abteilung für europäische Integration im moldauischen Aussenministerium, erklärt, ist der Fahrplan ambitioniert: Im September 2013 soll das Vertragswerk unterschriftsreif sein.

Die Eile hat auf moldauischer Seite ihren Grund. Will die AIE Chancen auf eine Wiederwahl haben, muss sie Erfolge erzielen, die für die Bevölkerung auch spürbar sind. Das wäre, noch vor einem Freihandelsvertrag und einem Assoziationsabkommen, vor allem eine Vereinbarung über den visafreien Rei-



Moldauer stehen vor dem Konsulat des EU-Landes Rumänien Schlange.

NICK HANNES / REPORTERS / LAIF

severkehr. Mit einer Grenze zu Rumänien liegt die EU zwar direkt vor der Haustür. Doch ist namentlich der Schengenraum wegen der Visabestimmungen für viele dennoch sehr fern.

Pituscan verweist ferner auf den bevorstehenden Abschluss eines Flugverkehrsabkommens, das namentlich mehr Budget-Airlines auf den einzigen moldauischen Passagierflughafen bei Chisinau bringen soll. Während es auf den ersten Blick scheinen mag, im ärmsten Land Europas habe die Bevölkerung wohl andere Probleme, als auf bessere Flugverbindungen zu warten, sagt Pituscan, angesichts der vielen Wanderarbeiter, die im Ausland ihr Auskommen suchten, sei das Luftverkehrsabkommen nicht ganz ohne Bedeutung gerade für eine bessere Familienanbindung dieser Arbeiter.

Die EU als wichtigster Partner

Auch in der EU-Vertretung an der Kogalniceanu-Strasse klingt es ziemlich optimistisch über den gegenwärtigen Stand der Beziehungen zwischen Brüssel und Chisinau. Als Vorteil sieht Wolfgang Behrendt, der stellvertretende Missionschef, den Umstand, dass die Moldau ein relativ kleines Land ist.

Dass sich die Regierung Filat, unter der viel passiert sei, klar nach Westen wende, habe seine Logik. Einmal finde bereits mehr als die Hälfte des moldauischen Aussenhandels mit der Europäischen Union statt, und diese sei trotz ihrer bisweilen restriktiven Landwirtschaftspolitik der grösste Importeur moldauischer landwirtschaftlicher Pro-



dukte. Die bestehenden Quoten würden dabei, ausser bei Wein und Getreide, nicht einmal voll ausgenutzt. Und zweitens sei die Moldau, pro Kopf gerechnet, der zweitgrösste Empfänger von EU-Unterstützung im Rahmen der

Nachbarschaftspolitik (nach Palästina). Sowohl der Vertreter der Europäischen Union, Behrendt, wie auch Pituscan vom Aussenministerium der Republik Moldau, unterstreichen dabei das sogenannte More-for-more-Prinzip, das es Ländern erlaubt, desto mehr von EU-Unterstützung zu profitieren, je mehr sie durch eigenen Effort auf dem Reformpfad fortschreiten.

Kommunistischer Widerstand

Auf dem Weg zur Visaliberalisierung hat die Moldau allerdings noch ein heikles Hindernis zu überwinden. Es geht um ein Gesetz gegen die Diskriminierung gesellschaftlicher Minderheiten, gehe es nun um ethnische oder religiöse Zugehörigkeit, körperliche Behinderung oder auch sexuelle Orientierung. Über die Vorlage wird in der Bevölkerung heiss diskutiert, und zwei so gegensätzliche Organisationen wie die orthodoxe Kirche und die Kommunistische Partei (PCRM) schüren gemeinsam diffuse Ängste vor einer angeblich augenblicklich einsetzenden «Islamisierung» oder «Homosexualisierung» der Gesellschaft, sollte das Gesetz angenommen werden.

«95 Prozent der Bevölkerung unseres Landes sind christlich-orthodoxen

Glaubens, und ihnen fehlt das Verständnis für eine solche Art von «Werten», sagt Iurie Muntean, Parlamentsabgeordneter und geschäftsführender Sekretär der PCRM. Die Partei veröffentlichte unlängst eine Stellungnahme zum Antidiskriminierungsgesetz, in der es heisst, man verlange von der Regierung den Rückzug der Vorlage, weil sie den historischen, moralischen und religiösen Traditionen der Moldau widerspreche, zur Eskalation gesellschaftlicher Spannungen führen und gesellschaftliche Gräben vertiefen könne. Die PCRM gab bekannt, alle allfälligen Proteste gegen das Gesetz zu unterstützen.

Die harte Linie der Kommunisten, deren Wählerbasis etwa bei 40 Prozent liegt und die zurzeit die grösste einzelne Fraktion im Parlament stellen, dürfte nicht zuletzt damit in Zusammenhang stehen, dass die Partei auf jede mögliche Art versucht, einer Regierung zu schaden, die man als illegitim betrachtet. Nach Meinung der Kommunisten hätte es nach den ersten gescheiterten Versuchen, einen Präsidenten zu wählen, Neuwahlen ins Parlament geben sollen. Das Verfassungsgericht betrachtet jedoch die jüngst erfolgte Wahl von Nicolae Timofti zum Staatsoberhaupt als regulär. Die Kommunisten boykottieren seither die parlamentarische Arbeit und sagen, nur dann in die Kammer zurückzukommen, wenn eine Abstimmung über vorgezogene Parlamentswahlen anstehe. Ihre Energie verwenden sie nun darauf, nach Kräften das zu unterstützen, was Iurie Muntean als «spontane Missfallenskundgebungen in der Bevölkerung» bezeichnet.

Reisefreiheit vorrangig

Das Antidiskriminierungsgesetz eignet sich bestens für dieses Vorhaben, denn nicht nur weckt es heftige Emotionen, sondern man kann es auch dazu benutzen, die Debatte um die Visaliberalisierung zu vergiften. Die Reisefreiheit bezeichnet dabei der Kommentator Arkadie Barbarosie von der Denkfabrik Institutul de Politici Publice als das für die Bevölkerung weit wichtigere Thema denn eine konkrete Perspektive einer EU-Mitgliedschaft.

Dass gegenwärtig die öffentliche Unterstützung für die Westintegration nur bei knapp 50 Prozent liegt (gegenüber rund 70 Prozent vor einigen Jahren) sieht Barbarosie eher als Reflexion innenpolitischen Tauziehens und der Krise der Euro-Zone denn als Zeichen, dass die moldauische Bevölkerung beginne, ihren Blick nach Osten zu wenden. Trotz all ihrer Rhetorik seien nämlich auch die Kommunisten prinzipiell für die Westintegration.